

No. 35376

**Germany
and
Ukraine**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Ukraine concerning navigation on inland waterways (with protocol). Bonn, 14 July 1992

Entry into force: 1 July 1994 by notification, in accordance with article 16

Authentic texts: German and Ukrainian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 23 December 1998

**Allemagne
et
Ukraine**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Ukraine concernant la navigation sur des voies navigables intérieures (avec protocole). Bonn, 14 juillet 1992

Entrée en vigueur : 1er juillet 1994 par notification, conformément à l'article 16

Textes authentiques : allemand et ukrainien

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 23 décembre 1998

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Binnenschifffahrt**

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Ukraine –**

**in dem Wunsch, den beiderseitigen Binnenschiffsverkehr weiter
zu entwickeln,**

**eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestimmungen
über die Entwicklung des Verkehrswesens –**

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) „Schiffe“: die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei amtlich registrierten Schiffe, mit denen Personen- und/oder Güterverkehr dort, wo sie registriert sind, ohne eine besondere Fahrerlaubnis auf Binnenwasserstraßen betrieben worden kann;
- b) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach Buchstabe a, die unbemannte und nichtmotorisierte Leichter sind;
- c) „Schiffahrtsunternehmen“: schiffahrttreibende Unternehmen oder Unternehmer, die ihren Firmen- oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien haben;
- d) „Zuständige Behörden“: der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für Verkehr der Ukraine oder andere von einer Vertragspartei benannte Behörden/Stellen;
- e) „Häfen“: die Häfen und amtlich genehmigten Umschlagstellen und Aniegestellen der Personenschifffahrt in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien.

Artikel 2

(1) Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen Schiffe der einen Seite die Wasserstraßen der anderen Vertragspartei befahren sowie die Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen benutzen. Dies gilt entsprechend für den Transport von sonstigen schwimmenden Objekten (z. B. Bagger, Kräne) sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

(2) Die Schifffahrt regelt sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

Artikel 3

(1) Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter zwischen Häfen der einen Seite und Häfen der anderen Seite sowie umgekehrt befördern (Wechselverkehr).

(2) Im Wechselverkehr dürfen Schiffe der einen Seite Personen und/oder Güter zwischen Häfen ihrer Seite und einem der folgenden Häfen der anderen Seite befördern:

- a) einem Seehafen;
- b) einem Hafen, der auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegt;
- c) einem Hafen, den die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses benannt hat.

(3) Im Wechselverkehr sind die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten paritätisch und nach Möglichkeit im Jahresverlauf kontinuierlich zu beteiligen. Die Aufteilung der Güterbeförderungen erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen.

(4) Für den Wechselverkehr sind wirtschaftlich auskömmliche Frachten und die mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen zu vereinbaren.

(5) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schifffahrtsicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 4

(1) Schiffe der einen Seite dürfen Personen und/oder Güter durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei hindurch auf den Binnenwasserstraßen befördern, die von den Vertragsparteien auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses festgelegt werden (Transitverkehr).

(2) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schifffahrtsicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 5

Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen der anderen Seite und einem Hafen in einem dritten Land (Drittlandverkehr) und umgekehrt nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der jeweils zuständigen Behörde befördern.

Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen einer Seite (Kabotage) bleibt den Schiffen dieser Seite vorbehalten. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Fahrerlaubnis der zuständigen Behörde.

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei erkennt auf ihrem Donauabschnitt die jeweils von der anderen Vertragspartei ausgestellten Befähigungszeugnisse für die Schiffsbesatzung (einschließlich der Schiffsführer) sowie die Schiffsatteste an.

(2) Für die Schifffahrt auf den anderen Binnenwasserstraßen, ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschiffahrtsstraßen, werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff und seine Besatzung beziehen (z. B. Schiffsatteste und Befähigungszeugnisse), die in ihrem Hoheitsgebiet vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden

und Bescheinigungen in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Vorschriften genügen.

(3) Gefährliche Güter dürfen nur mit Schiffen befördert werden, die über die für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebenen Zulassungszeugnisse verfügen.

Artikel 8

Jede Vertragspartei wird Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Rechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite.

Das gilt insbesondere:

- a) bei der Erhebung von Schiffs- und Hafengebühren;
- b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schiffsanlagen;
- c) bei der Abfertigung durch die zuständigen Stellen;
- d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

Artikel 9

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsvorrats die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zum Verbrauch oder Gebrauch bestimmten Treib- und Schmierstoffe.

Artikel 10

(1) Die Schiffsunternehmen beider Seiten dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung der zuständigen Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Vertretungen oder Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen ihrer Seite errichten.

(2) Die Schiffsunternehmen beider Seiten können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

Artikel 11

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffsunternehmen der anderen Seite das Recht, ihre Einnahmen frei zu transferieren. Die Transferierung wird auf der Grundlage der erteilten Wechselkurse innerhalb der üblichen Frist vorgenommen.

Artikel 12

(1) Die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltsgenehmigung in der Form des Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf Personen- und Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz eines der in Absatz 1 genannten Dokumente und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 18 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie inhaber eines Donauschifferausweises oder Seemannspasses und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen oder den Seemannspässen eingetragenen Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführten Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Beide Vertragsparteien tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Günstigere Rechtsvorschriften über Einreise und Aufenthalt von Ausländern bleiben unberührt.

Artikel 13

(1) Die Schiffe beider Seiten dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stilliegen:

- a) im Lade- und Löschhafen;
- b) in Häfen an der Fahrtstrecke;
- c) an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle stilliegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll- oder andere zuständige Behörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien gewährleisten bei Havarien oder Unfällen der Schiffe oder der Besatzungsmitglieder der Schiffe der jeweils anderen Seite die erforderliche Hilfe. Bei schweren Havarien oder Unfällen setzt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Vorfall ereignet hat, die andere Vertragspartei unverzüglich in Kenntnis und, falls eine Aufklärung der Umstände des Vorfalls erfolgt, unterrichtet sie diese über die Ergebnisse der Aufklärung.

Artikel 14

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuß gebildet. Dem Gemischten Ausschuß gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Vertragspartei an, die vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Minister für Verkehr der Ukraine bestimmt werden.

(2) Von seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Bundesministers für Verkehr als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesminister für Verkehr benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(3) Von seiten der Ukraine werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Ministers für Verkehr als Delegationsleiter sowie je ein vom Minister für Verkehr benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(4) Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

(5) Der Gemischte Ausschuß erarbeitet und bestätigt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(6) Der Gemischte Ausschuß hat insbesondere die Aufgabe:

- a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die
 - Festlegung der Binnenhäfen gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c;
 - Festsetzung von Mindest-/Höchstfrachtraten und der mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen gemäß Artikel 3 Absatz 4;
 - Festlegung der Transitwasserstraßen gemäß Artikel 4 Absatz 1;
 - Zulassung von Schiffen aus Drittstaaten zum Wechselverkehr;
 - Anpassung dieses Abkommens an den Entwicklungsstand der Binnenschifffahrt;

- b) die Güter auf die Schifffahrtsunternehmen beider Seiten gemäß Artikel 3 Absatz 3 erforderlichenfalls aufzutellen und die Ladungsaufteilung zu überwachen;
- c) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen im Wechselverkehr gemäß Artikel 3 Absatz 5 und im Transitverkehr gemäß Artikel 4 Absatz 2;
- d) die Transporte der Schiffe beider Seiten statistisch zu erfassen.

(7) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach Absatz 6 Buchstabe a zu treffenden Vereinbarungen kommen durch übereinstimmende Erklärungen der Delegationsleiter im Gemischten Ausschuss zustande. Die Erklärungen der Delegationsleiter erfolgen im Namen der zuständigen Behörden. Die Erklärungen sollen möglichst innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Unterbreitung des Vorschlags des Gemischten Ausschusses abgegeben werden.

(8) Mindest-/Höchstfrachtraten einschließlich der Nebenbedingungen, auf die der Gemischte Ausschuss sich geeinigt hat, sind erforderlichenfalls den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen; das Inkraftsetzen wird zwischen den beiden Vertragsparteien vereinbart. Das Inkraftsetzen gemäß innerstaatlichem Recht ist der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(9) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuss nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Vertragspartei die Vertreter der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien innerhalb von vier Wochen zu Konsultationen zusammen.

(10) Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuss auf Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf.

Artikel 15

Die Sportfahrzeuge beider Seiten können die Binnenwasserstraßen beider Vertragsparteien unter Beachtung des jeweiligen dort geltenden Rechts benutzen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs durch Notifikation gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahrs außer Kraft.

Geschehen zu Bonn, am 14. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Günther Krause
Heinrich-D. Dieckmann

Für die Regierung der Ukraine

O. Klimpuach

Protokoll

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Ukraine haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Binnenschifffahrt, das zum Ziel hat, die beiderseitigen Binnenschifffahrtsbeziehungen weiter zu entwickeln und zu verbessern, folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Verkehrsrechte

Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich die Vertragsparteien geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

(1) Wechselverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff einer der Seiten von dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach oder von einem Binnenhafen, der im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien liegt.

(2) Transitverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen, beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.

(3) Drittlandverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder umgekehrt.

(4) Kabotage:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschplätzen an Binnenwasserstraßen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsguts.

2. Für solche Transitverkehre, die auf den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien weder beginnen noch enden, wird auf Ersuchen einer Vertragspartei und auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses eine quotenmäßige Beteiligung der Schifffahrtsunternehmen beider Seiten vereinbart.
3. Rechte und Pflichten aus früher geschlossenen multilateralen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen beida Vertragsparteien oder eine der Vertragsparteien angehören, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Geschehen zu Bonn, am 14. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Günther Krause
Heinrich-D. Dieckmann

Für die Regierung der Ukraine

O. Klampusch

[UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN]

**Угода
Урядом федеративної Республіки Німеччина
та між Урядом України
про судноплавство на внутрішніх водних шляхах**

Уряд Федеративної Республіки Німеччина

і

Уряд України

виходячи з бажання і надалі розвивати двостороннє судноплавство на внутрішніх водних шляхах,

пам'ятаючи про Заключний акт Наради з безпеки і співробітництва в Європі і, зокрема, про його положення щодо розвитку транспорту –

погодилися про наступне:

Стаття 1

Для цілей цієї Угоди:

- в) „судна“ означають офіційно реєстровані на державній території однієї із договірних сторін судна, які можуть здійснювати перевезення пасажирів чи вантажів по внутрішніх водних шляхах відповідно до місця своєї реєстрації без особливого на те дозволу –
- б) „ліхтери, що використовуються в ліхтеровозних системах“ означають судна згідно до п. „а“, які є ліхтерами без екіпажу і без силової установки –
- в) „судноплавні підприємства“ означають підприємства чи підприємців, що зайняті в суднопластві, які мають своє місцезнаходження чи місцепроживання на державній території однієї із договірних сторін –
- г) „компетентні органи“ означають федерального міністра транспорту федеративної Республіки, чи інші органи/установи, призначені договірними сторонами –
- д) „порти“ означають порти і офіційно дозеолені перевалочні пункти і причали для пасажирських суден на державній території кожної із договірних сторін.

Стаття 2

1. Згідно з положеннями статей 3–6 цієї Угоди судна однієї із договірних сторін можуть здійснювати судноплавство по водних шляхах іншої договірної сторони, а також користуватися портами і офіційно дозволеними місцями якорної стоянки. Це положення діє також у відношенні транспортування інших плавучих об'єктів (наприклад, землечерпалки, крани) і перегону новозбудованих суден.

2. Судноплавство регулюється правовими нормами тієї

Стаття 3

1. Судна обох договірних сторін можуть здійснювати перевезення пасажирів і/чи вантажів між портами однієї договірної сторони і портами іншої договірної сторони, а також у зворотньому напрямку (двостороннє сполучення).

2. Судна однієї договірної сторони можуть перевозити пасажирів і/чи вантажі у двосторонньому сполученні між портами своєї договірної сторони і одним із наступних портів іншої договірної сторони:

- а) морським портом –
- б) портом, розташованим безпосередньо на шляху до морського порту –
- в) портом, названим компетентним органом на основі пропозиції Змішаної комісії.

3. Судноплавні підприємства обох договірних сторін повинні приймати участь у двосторонньому сполученні на паритетних засадах і, по можливості, рівномірно на протязі року. Розподіл перевезень вантажів здійснюється на основі кількості відвантаженого вантажу у тоннах.

4. Для двостороннього сполучення повинні бути узгоджені економічно виправдані фрахтові ставки і пов'язані з ними додаткові умови.

5. Кожна із договірних сторін може, після обговорення у Змішаній комісії, у виключних випадках з технічних причин або з причин безпеки судноплавства встановлювати максимальну кількість проходів суден через свої водні шляхи в двосторонньому сполученні.

Стаття 4

1. Судна однієї договірної сторони можуть перевозити пасажирів та/чи вантажі через державну територію іншої сторони по внутрішніх водних шляхах, що встановлені договірними сторонами на основі пропозиції Змішаної комісії (транзитне сполучення).

2. Кожна договірна сторона може, після обговорення у Змішаній комісії, у виключних випадках з технічних причин безпеки судноплавства встановлювати максимальну кількість проходів суден через свої водні шляхи у транзитному сполученні.

Стаття 5

Судна обох договірних сторін можуть перевозити пасажирів і/або вантажі між одним із портів іншої договірної сторони і портом третьої країни (сполучення з третіми країнами) і в зворотньому напрямі тільки на основі спеціального дозволу відповідального компетентного органу.

Стаття 6

Перевезення пасажирів і/або вантажів між портами однієї договірної сторони (каботаж) резервуються за суднами цієї договірної сторони. Винятки вимагають спеціального дозволу компетентного органу на перевезення.

Стаття 7

1. Кожна договірна сторона на своїй ділянці Дунаю буде визнавати видані іншою договірною стороною кваліфікаційні посвідчення суднового екіпажу (включаючи судноводів), а також судові посвідчення.

2. Для судноплавства на інших внутрішніх водних шляхах, за винятком Рейну, Мозеля і морських судноплавних шляхів, компетентні органи однієї договірної сторони по пред'явлених виданих на державній території іншої сторони посвідченнях та свідоцтвах, які відносяться до судна та його екіпажу (наприклад, судові посвідчення і кваліфікаційні свідоцтва) будуть видавати передбачені на її території свідоцтва і посвідчення. При цьому свідоцтва і посвідчення

повинні бути видані на державній території однієї із договірних сторін на умовах, які відповідають розпорядженням, що діють на території іншої договірної сторони.

3. Небезпечні вантажі можуть перевозитись тільки на судах, що мають свідоцтва дозволу, передбачені для відповідних водних шляхів.

Стаття 8

Кожна договірна сторона надасть суднам іншої договірної сторони таке саме відношення при використанні прав, що надаються їм згідно з статтями 2–6 цієї Угоди, як і суднам своєї договірної сторони.

Це, зокрема, відноситься до:

- а) стягнення навігаційних та портових зборів –
- б) використання портових споруд, місць якорної стоянки, шлюзів та інших судноплавних споруд загального використання –
- в) оформлення документів компетентними владами –
- г) забезпечення паливом та мастильними матеріалами.

Стаття 9

Кожна договірна сторона надасть суднам іншої договірної сторони таке ж відношення, як і суднам своєї договірної сторони стосовно митного оформлення продовольчих і суднових запасів, що знаходяться на борту. Аналогічне відношення діє і стосовно призначених для використання чи споживання на судах палива та мастильних матеріалів.

Стаття 10

1. Судноплавні підприємства обох договірних сторін можуть на основі взаємності на державній території іншої договірної сторони засновувати представництва чи агентства для обслуговування суден і екіпажів своєї сторони при умові дотримання діючого там законодавства і з дозволу компетентного органу.

2. Судноплавні підприємства обох договірних сторін можуть звключати між собою угоди, що стосуються експлуатаційного, технічного і комерційного сприяння підвищенню економічної ефективності їх перевезень.

Стаття 11

Кожна договірна сторона надасть судноплавним підприємствам іншої договірної сторони право вільно переказувати їх прибутки. Переказ буде здійснюватись на основі офіційного курсу обміну і в межах звичайних термінів.

Стаття 12

1. Члени екіпажів суден обох договірних сторін повинні мати при перетині кордону закордонний документ.

2. На вантажних і пасажирських судах разом з членами екіпажів можуть вїжджати і виїжджати їх дружини та не перебуваючі в шлюбі неповнолітні діти, якщо вони мають згідний у пункті 1 документ і візу. Діти віком до 16 років можуть бути занесені в закордонний документ одного з батьків.

3. На ділянках Дунаю обох договірних сторін члени екіпажів суден для перетину кордону і для перебування на борту, а також на території розташованих на Дунаї портів не повинні мати візи, якщо вони мають посвідчення дунайського річковика чи паспорт моряка і якщо вони занесені до списку членів екіпажу.

4. Всі особи, що знаходяться на борту судна, перелічені в пунктах 1–3, повинні бути внесені до списку членів екіпажу.

5. Договірні сторони обмінюються зразками вказаних в пунктах 1 і 3 документів.

6. Найбільш сприятливі правові розпорядження про в'їзд та перебування іноземців зберігають силу.

Стаття 13

1. Судна обох договірних сторін можуть зупинятися для стоянки в будь-який час доби в таких місцях:

- а) в портах завантаження та вивантаження –
- б) в портах, які знаходяться на шляху проходження –
- в) в дозволених правилами плавання місцях на шляху проходження судна.

2. У випадку аварії, нещасного випадку, тяжкої хвороби особи, яка знаходиться на борту судна, чи з інших причин, які перешкоджають подальшому плаванню, судна можуть зупинятися для стоянки в будь-якому придатному місці. В такому разі капітан судна чи уповноважена ним особа повинні негайно інформувати найближчі прикордонні, митні чи інші компетентні органи.

3. Компетентні органи обох договірних сторін надають необхідну допомогу при аваріях чи нещасних випадках з суднами чи членами екіпажу іншої договірної сторони. При тяжких аваріях чи нещасних випадках договірні сторони, на території якої це сталося, негайно повідомляє іншу договірну сторону і, якщо провадиться розслідування обставин випадку, інформує її про результати розслідування.

Стаття 14

1. Для виконання і нагляду за застосуванням цієї Угоди утворюється Змішана комісія. До складу Змішаної комісії будуть входити по три уповноважених представники від кожної договірної сторони, які призначаються компетентними органами договірних сторін: федеральним міністром транспорту Федеративної Республіки Німеччини та міністерством транспорту України.

2. З боку України до складу Змішаної комісії ввійдуть: представник Міністерства транспорту України (голова делегації) та по одному призначеному Міністром транспорту України представнику судноплавних компаній і вантажовідправників.

3. З боку федеративної Республіки Німеччини до складу Змішаної комісії ввійдуть: представник федерального міністра транспорту (голова делегації) та по одному призначеному федеральним міністром транспорту представнику судноплавних підприємств і вантажовідправників.

4. Для розгляду окремих питань кожна договірні сторони може залучати експертів.

5. Змішана комісія опрацює і ухвалить на своєму першому засіданні Правила процедури своєї діяльності.

6. Завданнями Змішаної комісії є зокрема:

- а) внесення пропозицій компетентним органам стосовно:
 - визначення річкових портів відповідно до пункту 2 'в' статті 3 –
 - встановлення мінімальних та максимальних фрахтових ставок і пов'язаних з ними додаткових умов відповідно до пункту 4 статті 3 –
 - встановлення транзитних водних шляхів відповідно до пункту 1 статті 4 –
 - допуску суден третіх країн до участі в двосторонньому сполученні –
 - приведення цієї Угоди у відповідність з рівнем розвитку судноплавства по внутрішніх водних шляхах –

- б) розподіл, в разі необхідності, вантажів між судноплавними підприємствами договірних сторін відповідно з пунктом 3 статті 3 і нагляд за розподілом вантажів –
- в) обговорення можливостей встановлення максимальної кількості рейсів у двосторонньому сполученні відповідно до пункту 5 статті 3 та транзитному сполученні відповідно до пункту 2 статті 4 –
- г) проведення статистики перевезень на судах обох договірних сторін.

7. Домовленості на основі пропозицій згідно пункту 6 'а' оформлюються шляхом збіжних заяв голів делегацій комісії. Заяви голів делегацій вносяться від імені компетентних органів договірних сторін. Заяви повинні бути внесені по можливості протягом двох тижнів після внесення пропозиції Змішаної комісії.

8. Мінімальні та максимальні фрахтові ставки і пов'язані з ними додаткові умови, погоджені Змішаною комісією, підлягають в разі подання на затвердження компетентним органам; про вступ їх в силу відповідно до внутрішньодержавного законодавства належить негайно повідомити іншу договірну сторону.

9. Якщо в Змішаній комісії згода не досягнута, за пропозицією однієї із договірних сторін представники компетентних органів обох договірних сторін протягом чотирьох тижнів зустрічаються для консультацій.

10. На прохання Змішаної комісії компетентні органи надають їй матеріали, необхідні для виконання її завдань.

Стаття 15

Спортивні судна обох сторін можуть користуватися внутрішніми водними шляхами кожної із договірних сторін за умови дотримання правових норм, діючих на території відповідної сторони.

Стаття 16

1. Ця Угода укладається на необмежений строк.

2. Угода вступає в силу в перший день третього місяця після дня обміну між договірними сторонами повідомленнями про те, що необхідні для цього внутрішньодержавні процедури виконані.

3. Ця Угода може бути денонсована однією із договірних сторін за шість місяців до закінчення календарного року письмовим повідомленням. В цьому випадку Угода втрачить силу після закінчення цього календарного року.

Здійснено в м. Бонн, 14 липня 1992 року в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

За Уряд федеративної Республіки Німеччина
Günther Krause
Heinrich-D. Dieckmann

За Уряд України
O. Klimpusch

Протокол

Уряд федеративної Республіки Німеччина та Уряд України в зв'язку з підписанням Угоди про судноплавання по внутрішніх водних шляхах з метою розвитку та покращення взаємних зв'язків в галузі річкового судноплавання прийшли до домовленостей, які є невід'ємною часткою Угоди.

1. Транспортні права.

З метою забезпечення одностайного застосування Угоди обидві договірні сторони погодились виходити із наступного розуміння змісту транспортних прав:

(1) Двостороннє сполучення:

перевезення пасажирів та/чи вантажів судном однієї із договірних сторін з державної території однієї договірної сторони на державну територію другої договірної сторони від чи до річкового порту, розташованого на державній території однієї із договірних сторін.

(2) Транзитне сполучення:

перевезення пасажирів та/чи вантажів судном однієї із договірних сторін по внутрішніх водних шляхах через територію другої договірної сторони без посадки чи висадки пасажирів і без завантаження чи вивантаження на території цієї другої договірної сторони.

(3) Сполучення з третіми країнами:

перевезення пасажирів та/чи вантажів судном однієї із договірних сторін з третьої країни на державну територію другої договірної сторони чи в зворотньому напрямі.

(4) Каботаж:

перевезення пасажирів та/чи вантажів судном однієї договірної сторони між пунктами завантаження і вивантаження на внутрішніх водних шляхах другої договірної сторони.

При визначенні того, яке з транспортних прав використовується, вирішальним критерієм є здійснення перевезень визначеним судном, а не походження і пункт призначення вантажу, який перевозиться.

2. Стосовно транзитних перевезень, які не починаються і не закінчуються на територіях обох договірних сторін, на прехання однієї договірної сторони і на основі пропозиції змішаної комісії буде погоджуватись часткова участь судноплавних підприємств обох сторін.
3. Права і обов'язки договірних сторін, які виходять з заключених раніше багатосторонніх домовленостей, учасниками яких є обидві договірні сторони чи одна із договірних сторін, цією Угодою не порушуються.

Здійснено в м. Бонн, 14 липня 1992 року в двох примірниках кожний німецькою та українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

За Уряд федеративної Республіки Німеччина
Günther Krause
Heinrich-D. Dieckmann

За Уряд України
O. Klimpusch

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF UKRAINE CONCERNING INLAND NAVIGATION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Ukraine,
Desiring to develop further the inland navigation of both countries,
Bearing in mind the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, and in particular its provisions concerning the development of navigation,
Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Agreement:

(a) "Ships" means inland vessels officially registered in the territory of a Contracting Party which may be operated on inland waterways in their country of registration for passenger or freight carriage without special authorization;

(b) "Lighters" means vessels within the meaning of subparagraph (a) which have neither crew nor engine;

(c) "Shipping establishments" means shipping enterprises or operators which have their permanent place of business or residence in the territory of one of the two Contracting Parties;

(d) "Competent authorities" means the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany and the Minister of Transport of Ukraine, or other authorities or bodies appointed by one of the Contracting Parties;

(e) "Ports" means the ports and officially approved trans-shipment points and berths for passenger shipping in the territory of the Contracting Parties.

Article 2

1. In accordance with articles 3 to 6, the ships of one Party may use the inland waterways of the other, as well as the ports and officially approved berths. This shall apply as appropriate to the transport of other floating objects (for example, dredgers and cranes), as well as to the transfer of newly built vessels.

2. Shipping shall be regulated in accordance with the legislative provisions of the Contracting Party whose inland waterways are being used.

Article 3

1. Ships of either Party may carry passengers and/or freight in either direction between the ports of one Party and the ports of the other Party (reciprocal traffic).

2. In reciprocal traffic, ships of one Party may carry passengers and/or freight between its ports and one of the following ports of the other Party:

- (a) A seaport;
- (b) A port situated on the direct route to a seaport;
- (c) A port designated by the competent authority on the proposal of the Joint Committee.

3. In reciprocal traffic, the shipping establishments of both Parties shall share the volume of traffic equally, and where possible continuously throughout the year. Freight traffic shall be apportioned according to manifest tonnage.

4. For reciprocal traffic, economically viable carriage rates and the associated supplementary conditions shall be determined by agreement.

5. In exceptional cases, on technical grounds or for reasons of shipping safety, either Contracting Party may after discussion in the Joint Committee determine the maximum quota of runs on its waterways in reciprocal traffic.

Article 4

1. Ships of either Party may carry passengers and/or freight through the territory of the other Party (transit traffic) on such stretches of waterways as are agreed upon by the Contracting Parties on the basis of a proposal by the Joint Committee.

2. In exceptional cases, on technical grounds or for reasons of shipping safety, either Contracting Party may after discussion in the Joint Committee determine the maximum quota of runs on its waterways in transit traffic.

Article 5

Ships of either Party may carry passengers and/or freight between a port of the other Party and a port in a third country (third-country traffic) and vice versa only on the basis of special authorization by the respective competent authority.

Article 6

The carriage of passengers and/or freight between ports of either of the Parties (cabotage) shall be reserved to the ships of that Party. Exceptions shall require special authorization by the competent authority.

Article 7

1. Each Contracting Party shall recognize on its section of the Danube the certificates of competence issued by the other Party for the crew (including the captain of the ship) and the navigability certificates.

2. For shipping on inland waterways -- with the exception of the Rhine, the Mosel and maritime shipping lanes -- the competent authorities shall, on presentation of the docu-

ments and certificates issued in the territory of the other Party, issue the prescribed documents and certificates relating to the ship and to its crew (e.g. navigability certificates and certificates of competence), provided that the documents and certificates are issued in the territory of one Party on terms compatible with the regulations in force in the territory of the other Party.

3. Dangerous cargo may be carried only on ships possessing a valid certificate of authorization as prescribed for the waterway in question.

Article 8

Each Contracting Party shall give equal treatment to the ships of the one and the other Party in respect of the traffic rights granted to them under articles 2 to 6.

This shall apply specifically to:

- (a) The levying of public shipping and port charges;
- (b) The use of public port installations, berths, sluices and similar navigational facilities;
- (c) Clearance by the competent authorities;
- (d) The supply of fuel and lubricants.

Article 9

Each Contracting Party shall accord equal treatment to the ships of the one and the other Party in respect of customs clearance of the food and ship's provisions carried on board. The same shall apply to fuels and lubricants intended for consumption or use on board.

Article 10

1. The shipping establishments of both Parties may, following approval by the competent authorities and on a basis of reciprocity, establish missions and agencies responsible for their ships and crews in the territory of the other Party in compliance with the laws in force there.

2. The shipping establishments of both Parties may make arrangements concerning operational, technical and commercial cooperation in order to promote the profitability of their relations with one another.

Article 11

Each Contracting Party shall grant the shipping establishments of the other Party the right to transfer their income freely. The transfer shall be effected on the basis of the official rates of exchange within the usual time limit.

Article 12

1. In order to cross the border, the crew members of the ships of both Parties shall require a travel document and a residence permit in the form of a visa.

2. On passenger and cargo ships, the crew members and their spouses and unmarried children who are minors may cross the border if they are in possession of one of the documents referred to in paragraph 1 and a visa. Children under the age of 16 may be included in the travel document of one of their parents.

3. On the Danube, crew members of the ships of the two Parties shall not require a visa in order to cross the border or to remain on board or within dock areas on the Danube provided they are in possession of a Danube shipping pass or seaman's pass and are registered as members of the crew. The same shall apply to the family members of the crew members listed in the Danube shipping passes or seaman's passes.

4. All persons on board referred to in paragraphs 1 to 3 must be registered in a crew list.

5. The two Parties shall exchange specimens of the documents referred to in paragraphs 1 to 3.

6. Legal provisions concerning the entry and sojourn of foreigners which are more favourable shall be unaffected.

Article 13

1. The ships of both Parties may moor day or night at the following places:

- (a) Ports of loading and discharge;
- (b) Ports along the route;
- (c) Places along the route authorized by the traffic regulations.

2. In the event of a collision, an accident or the severe illness of a person on board, or if there are any other reasons which render a continuation of the run impossible, ships may berth at any convenient place. In such cases, the ship's captain or a person authorized by him shall immediately inform the nearest border, customs or other competent authority.

3. The competent authorities of the two Contracting Parties shall extend the requisite assistance in cases of collisions or accidents in which ships of the other Party or members of the crew of such ships are involved. In the case of severe collisions or accidents the Contracting Party on whose territory such an incident has occurred shall immediately notify the other Contracting Party and, if the circumstances of the incident are ascertained, shall inform it of the findings.

Article 14

1. For the implementation and monitoring of the application of this Agreement, a Joint Committee shall be established. The Joint Committee shall consist of three authorized representatives of each Contracting Party, appointed by the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany and the Minister of Transport of Ukraine.

2. For the Federal Republic of Germany, the members of the Joint Committee shall be a representative of the Federal Minister of Transport, as head of delegation, and one representative each of the shipping establishments and the freight industry, both appointed by the Federal Minister of Transport.

3. For Ukraine, the members of the Joint Committee shall be a representative of the Minister of Transport, as head of delegation, and one representative each of the shipping establishments and the freight industry, both appointed by the Minister of Transport.

4. Each Party may call in experts for the examination of particular issues.

5. The Joint Committee shall draw up and approve at its first meeting the rules of procedure for its work.

6. The functions of the Joint Committee shall be in particular:

(a) To submit to the competent authorities proposals regarding:

- Determination of the inland ports pursuant to article 3, paragraph 2 (c);
- Determination of the minimum and maximum carriage rates and associated supplementary conditions pursuant to article 3, paragraph 4;

- Determination of the transit waterways pursuant to article 4, paragraph 1;

- Admission of ships of third countries to reciprocal traffic;

- Adjustment of this Agreement to the state of development of inland navigation;

(b) To apportion freight as necessary between the shipping establishments of the two Parties pursuant to article 3, paragraph 3, and to monitor the distribution of cargo;

(c) To conduct consultations on the possibility of determining a maximum quota of runs in reciprocal traffic, pursuant to article 3, paragraph 5, and in transit traffic pursuant to article 4, paragraph 2;

(d) To record statistics on the shipping traffic of both Parties.

7. The agreements to be reached on the basis of proposals pursuant to paragraph 6 (a) shall be embodied in identical statements by the heads of delegations in the Joint Committee. The statements by the heads of delegations shall be made on behalf of the competent authorities. The statements shall as far as possible be made within two weeks of the submission of the proposal of the Joint Committee.

8. The minimum and maximum carriage rates and supplementary conditions on which the Joint Committee has agreed shall where necessary be submitted to the competent authorities for approval; their entry into force shall be agreed between the two Contracting Parties. Entry into force under national law shall be notified to the other Contracting Party without delay.

9. If full agreement is reached in the Joint Committee, the representatives of the competent authorities of the two Contracting Parties shall, at the request of either Party, meet within four weeks for consultations.

10. The competent authorities shall transmit to the Joint Committee on request such documents as it may require for the performance of its functions.

Article 15

The recreational craft of both Parties may use the inland waterways of both Contracting Parties subject to compliance with the law in force there.

Article 16

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.
2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the day on which the Contracting Parties have notified each other of the completion of their national requirements for the entry into force of the Agreement.
3. This Agreement may be denounced through notification by either Contracting Party six months prior to the end of a calendar year, in which case it shall cease to have effect at the end of that calendar year.

DONE at Bonn on 14 July 1992 in duplicate in the German and Ukrainian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

GÜNTHER KRAUSE
HEINRICH-D. DIECKMANN

For the Government of Ukraine:

O. KLIMPUSCH

PROTOCOL

On the occasion of the signing of the Agreement on inland navigation, aimed at further developing and improving bilateral relations in the field of inland navigation, the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Ukraine have reached the following agreements which form an integral part of the Agreement:

1. Traffic rights

In order to ensure uniform application of the Agreement, the Contracting Parties have agreed on the following substantive interpretation of traffic rights:

(1) Reciprocal traffic

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one of the Parties from the territory of one Contracting Party to the territory of the other Contracting Party to or from an inland port located in the territory of one of the Contracting Parties.

(2) Transit traffic

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party on inland waterways through the territory of the other Contracting Party, with no passengers boarding or disembarking and no freight being taken or discharged in the course of such passage.

(3) Third-country traffic

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party from a third country to the territory of the other Contracting Party or vice versa.

(4) Cabotage

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party between loading and unloading points on inland waterways in the territory of the other Contracting Party.

In determining which traffic right is being exercised, the decisive criterion shall be the carriage engaged in by the ship in question, not the origin or destination of the cargo carried.

2. In respect of transit traffic which neither originates nor terminates in the territory of either Contracting Party, a quota-based apportionment of the shipping establishments of the two Parties shall be agreed upon at the request of one Contracting Party and on the basis of a proposal by the Joint Committee.

3. Rights and obligations deriving from previously concluded multilateral treaties under international law to which both or one of the Contracting Parties are a party shall not be affected by this Agreement.

DONE at Bonn on 14 July 1992 in duplicate in the German and Ukrainian languages,
both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

GÜNTHER KRAUSE

HEINRICH-D. DIECKMANN

For the Government of Ukraine:

O. KLIMPUSCH

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UKRAINE CONCER-
NANT LA NAVIGATION SUR DES VOIES NAVIGABLES INTÉRIEU-
RES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Ukraine,

Mus par la volonté de développer plus avant la navigation intérieure de leurs deux pays,

Considérant l'acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe et, en particulier, ses dispositions concernant le développement des transports,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Au sens du présent Accord, on entend par :

a) "Navires" : les navires de navigation intérieure, enregistrés officiellement sur le territoire d'une Partie contractante, qui peuvent être utilisés pour le transport de passagers ou de marchandises, là où ils sont enregistrés, sans autorisation spéciale;

b) "Allèges" : les embarcations visées à l'alinéa a), qui n'ont pas d'équipage et ne sont pas motorisées;

c) "Entreprises de navigation" : des sociétés ou entreprises de navigation qui ont le siège de leur entreprise ou leur domicile permanent sur le territoire de l'une des Parties contractantes;

d) "Autorités compétentes" : le Ministre fédéral des Transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des Transports de l'Ukraine ou tout autre administration/organisme désigné par eux;

e) "Ports" : les points d'accostage pour les passagers, officiellement autorisés sur le territoire des Parties contractantes.

Article 2

1. Sous réserve des dispositions des articles 3 à 6 du présent Accord, les navires de l'une des Parties contractantes sont autorisés à emprunter les voies d'eau intérieures de l'autre Partie, ainsi que les ports et les points d'accostage officiellement autorisés. Ces dispositions s'appliquent aussi au transport d'autres engins flottants (par exemple, des grues, des dragues), ainsi qu'au transfert des tonnages sortant de chantiers.

2. La navigation est régie par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle sont situées les voies d'eau intérieures empruntées.

Article 3

1. Les navires des deux Parties contractantes sont autorisés à transporter des passagers et des marchandises entre les ports d'une Partie contractante vers ceux de l'autre, et inversement (trafic réciproque).

2. En trafic réciproque, les navires d'une Partie contractante sont autorisés à transporter des passagers et des marchandises entre un port situé sur son territoire et l'un des ports énumérés ci-après, sur le territoire de l'autre Partie contractante :

- a) Port maritime;
- b) Port qui se trouve sur l'itinéraire direct conduisant à un port maritime;
- c) Port désigné par les autorités compétentes sur proposition de la Commission mixte.

3. En trafic réciproque, les navires des deux Parties contractantes participent à égalité et, suivant les possibilités, tout au long de l'année. La répartition du transport de marchandises est calculée sur la base du tonnage transporté.

4. En ce qui concerne le trafic réciproque, les quantités de fret admissibles d'un point de vue économique, ainsi que les conditions annexes, sont déterminées d'un commun accord.

5. Après consultation au sein de la Commission mixte, chaque Partie contractante peut, pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité de la navigation, déterminer le nombre maximal de parcours en trafic réciproque de ses voies d'eau intérieures.

Article 4

1. Les navires des deux Parties contractantes sont autorisés à transporter des passagers ou des marchandises à travers le territoire de l'autre Partie contractante sur les voies fluviales dont il est convenu entre les autorités compétentes sur proposition de la Commission mixte (trafic de transit).

2. Dans des cas exceptionnels, chaque Partie contractante peut, après consultation au sein de la Commission mixte, déterminer le nombre maximal de parcours de ses eaux intérieures en transit, pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité de la navigation.

Article 5

Les navires des deux Parties contractantes ne peuvent transporter des passagers ou des marchandises entre un port de l'autre Partie contractante et un port situé dans un État tiers (trafic avec un pays tiers), et inversement, que sur autorisation spéciale des autorités compétentes dans chaque cas.

Article 6

Le transport de passagers et/ou de marchandises entre des ports d'une Partie contractante (cabotage) est réservé aux navires de ladite Partie contractante. Il n'est admis que sur autorisation de navigation spéciale des autorités compétentes.

Article 7

1. Chaque Partie contractante, en ce qui concerne la navigation sur le tronçon du Danube, qui se trouve sur son territoire, reconnaît les documents et certificats relatifs aux navires et à leur équipage (y compris aux capitaines) délivrés par l'autre Partie contractante.

2. En ce qui concerne la navigation sur les autres voies fluviales - à l'exception du Rhin, de la Moselle et des voies maritimes - les autorités compétentes délivrent les documents et certificats prescrits sur leur territoire sur présentation des documents et certificats obtenus sur le territoire de l'autre Partie pour le navire concerné et son équipage (par exemple, attestations de capacité). La condition est que les documents et les certificats délivrés par l'une des Parties contractantes sur son territoire soient assujettis à des conditions considérées comme suffisantes par la réglementation en vigueur de l'autre Partie contractante.

3. Les navires ne peuvent transporter de marchandises dangereuses que s'ils possèdent les autorisations valables prévues pour les voies navigables qu'ils empruntent.

Article 8

Chaque Partie contractante applique le même traitement qu'à ses propres navires aux navires de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les droits de trafic qui leur sont accordés, conformément aux dispositions des articles 2 à 6 du présent Accord.

Ceci vaut particulièrement pour :

- a) La perception des redevances dues pour les parcours et des redevances portuaires;
- b) L'utilisation des installations portuaires, postes d'amarrage, écluses et autres installations portuaires publiques;
- c) L'accomplissement des formalités exigées par les autorités compétentes;
- d) La fourniture de carburants et de lubrifiants.

Article 9

Chaque Partie contractante applique aux navires de l'autre Partie contractante le même traitement que celui qu'elle accorde à ses propres navires en ce qui concerne le dédouanement des provisions de bouche et autres à bord. Il en est de même pour les carburants et les lubrifiants destinés à la consommation ou à l'utilisation sur les navires.

Article 10

1. Les entreprises de navigation des Parties contractantes sont autorisées à installer sur le territoire de l'autre Partie contractante, sous réserve de l'application du droit de cette autre

Partie contractante, et, après accord des autorités compétentes, sur la base de réciprocité, des représentations ou des bureaux chargés de s'occuper des navires et de leurs équipages.

2. Afin d'améliorer la rentabilité de la navigation, les entreprises de navigation des deux Parties contractantes peuvent convenir de dispositions favorables à leur coopération dans les domaines administratif, technique et commercial.

Article 11

Chacune des Parties contractantes autorise les entreprises de navigation de l'autre Partie contractante à transférer librement leurs recettes. Le transfert se fait sur la base du taux de change officiel dans les délais habituels.

Article 12

1. Pour franchir la frontière, les membres des équipages des deux Parties contractantes doivent être munis d'un document de voyage et d'une autorisation de séjour consistant en un visa.

2. Les navires qui transportent des passagers et du fret peuvent transporter, en plus des membres de leur équipage, les conjoints et les enfants mineurs non mariés de ceux-ci, à l'aller et au retour, à condition que lesdites personnes soient en possession des documents visés au paragraphe 1 du présent article et d'un visa. Les enfants de moins de seize ans peuvent être inscrits sur le document de voyage de l'un de leurs parents.

3. Sur le Danube, les membres de l'équipage des navires des deux Parties contractantes peuvent traverser la frontière et séjourner à bord, ainsi que dans le périmètre portuaire des ports danubiens, sans visa de séjour, à condition d'être titulaires d'un document de batelier du Danube ou d'un livret de marin et d'être inscrits sur le rôle d'équipage. Il en est de même pour les membres de la famille des membres de l'équipage, qui sont inscrits sur le document de batelier du Danube ou sur le livret de marin.

4. Toutes les personnes qui se trouvent à bord et sont visées aux paragraphes 1 à 3 du présent article doivent être inscrites sur le rôle d'équipage.

5. Les deux Parties contractantes échangent des modèles des documents visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

6. Il n'est pas dérogé aux dispositions juridiques plus favorables concernant l'entrée et le séjour des étrangers.

Article 13

1. Les navires des deux Parties contractantes peuvent accoster de jour et de nuit :

- a) Dans les ports de chargement et de débarquement;
- b) Dans les ports situés le long du parcours;
- c) Aux endroits admis par les règles de la circulation le long du parcours.

2. En cas d'avarie, d'accident, de maladie grave d'une personne se trouvant à bord ou d'autres raisons qui rendent impossible la poursuite du parcours, le navire peut accoster à

tout endroit qui s'y prête. Dans ce cas, le commandant du navire ou une autre personne déléguée par lui avertit immédiatement les autorités frontalières ou douanières ou autre administration compétentes les plus proches.

3. Les autorités compétentes de chaque Partie contractante apportent l'assistance nécessaire en cas d'avaries ou d'accidents subis par les navires ou les membres de l'équipage de l'autre Partie contractante. En cas d'avarie ou d'accident grave, la Partie, sur le territoire de laquelle l'incident est survenu, en avise sans retard l'autre Partie et, au cas où une enquête est initiée sur les circonstances de l'incident, elle informe l'autre Partie des résultats de cette enquête.

Article 14

1. Une Commission mixte chargée de mettre en oeuvre le présent Accord et d'en surveiller l'application est constituée; elle est composée de trois représentants plénipotentiaires de chaque Partie contractante, qui sont désignés par le Ministre fédéral des Transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des Transports de l'Ukraine.

2. La République fédérale d'Allemagne est représentée à la Commission mixte par un représentant du Ministre fédéral des Transports, qui dirige la délégation, ainsi que par un représentant des entreprises de navigation et un représentant des transporteurs, tous les deux désignés par le Ministre fédéral des Transports.

3. L'Ukraine est représentée à la Commission mixte par un représentant du Ministre des Transports, qui dirige la délégation, ainsi que par un représentant des entreprises de navigation et un représentant de l'ensemble des expéditeurs, tous les deux désignés par le Ministre des Transports.

4. Pour l'examen des questions particulières, chaque Partie contractante peut faire appel à des experts.

5. A sa première séance, la Commission mixte établit et adopte l'ordre du jour de ses travaux.

6. La Commission mixte est notamment chargée de :

a) Faire des propositions aux autorités compétentes en ce qui concerne :

La détermination des ports intérieurs (alinéa 2 c) du paragraphe 2 de l'article 3);

La détermination des taux minimal et maximal de fret et des questions annexes (paragraphe 4 de l'article 3);

La détermination des voies d'eau intérieures de transit (paragraphe 1 de l'article 4);

La délivrance d'autorisations de trafic réciproque aux navires immatriculés dans des pays d'États tiers (paragraphe 6 de l'article 3);

L'adaptation du présent Accord à l'évolution de la navigation fluviale;

b) Répartir, le cas échéant, les marchandises entre les entreprises de navigation des deux Parties contractantes, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 3, et surveiller la répartition des cargaisons;

c) Procéder à des consultations au sujet des possibilités de détermination du nombre maximal de parcours en trafic réciproque effectués, selon le paragraphe 5 de l'article 3, et de parcours en transit, selon le paragraphe 2 de l'article 4;

d) Etablir des statistiques du trafic des navires des deux Parties contractantes.

7. Les dispositions à prendre sur la base des propositions faites, conformément à l'alinéa a) du paragraphe 6, sont décidées au moyen de déclarations concordantes des Chefs de délégation au sein de la Commission mixte. Les déclarations des Chefs de délégation s'effectuent au nom des autorités compétentes. Dans la mesure du possible, les déclarations doivent être transmises dans un délai de deux semaines après la communication de la proposition de la Commission mixte.

8. Le cas échéant, les taux minimal et maximal de fret, y compris les conditions y afférentes, dont la Commission mixte est convenue, doivent être soumis par celle-ci à l'approbation des autorités compétentes. Les Parties contractantes conviennent de leur entrée en vigueur et se notifient sans retard la date à laquelle ces dispositions entrent en vigueur, conformément à leurs législations nationales.

9. En l'absence d'accord au sein de la Commission mixte, les représentants des autorités compétentes se consultent dans un délai de quatre semaines sur demande de l'une ou l'autre Partie contractante.

10. Les autorités compétentes remettent sur demande à la Commission mixte les documents dont celle-ci a besoin pour s'acquitter de ses fonctions.

Article 15

Les embarcations de sport des deux Parties contractantes peuvent emprunter les voies fluviales des deux Parties contractantes, sous réserve du respect de la législation en vigueur à cet endroit.

Article 16

1. Le présent Accord est conclu pour une période indéterminée.

2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit la date à laquelle les deux Parties contractantes se seront notifiées que les formalités auxquelles leur droit interne subordonne cette entrée en vigueur sont remplies.

3. Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par l'une ou l'autre des Parties contractantes sur notification transmise six mois avant la fin de chaque année civile. La dénonciation prend effet à la fin de ladite année civile.

Fait à Bonn, le 14 juillet 1992 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

GÜNTHER KRAUSE

HEINRICH-D. DIECKMANN

Pour le Gouvernement de l'Ukraine :

O. KLIMPUSCH

PROTOCOLE

Lors de la signature de l'Accord relatif à la navigation fluviale dont l'objet est de développer et d'améliorer les relations dans le domaine de la navigation fluviale, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Ukraine sont convenus des dispositions ci-après, qui font partie intégrante de l'Accord :

1. Législation en matière de transport

Afin d'assurer une application uniforme de l'Accord, les Parties contractantes sont convenues que les droits de trafic consistent en ce qui suit :

1) Trafic réciproque

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes à partir du territoire de l'une des Parties vers le territoire de l'autre, à destination ou en provenance d'un port fluvial situé sur le territoire de l'une desdites Parties.

2) Trafic de transit

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes sur des voies d'eau intérieures traversant le territoire de l'autre Partie, sans embarquement/chargement ni débarquement/déchargement de passagers ou de marchandises pendant le trafic.

3) Trafic avec un pays tiers

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes en provenance d'un pays tiers à destination du territoire de l'autre Partie ou inversement.

4) Cabotage

Transport de passagers et/ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes entre des points d'embarquement ou de débarquement situés le long de voies fluviales de l'autre Partie contractante.

Le critère qui détermine la législation en matière de transports à appliquer est la prestation de transport du navire considéré et non pas le lieu de provenance ou de destination de ce qui est transporté.

2. En ce qui concerne le trafic de transit qui ne commence ni ne s'achève sur le territoire de l'une ou l'autre Partie contractante, il est convenu, à la demande de l'une d'elles et sur proposition de la Commission mixte, d'une participation, définie par des quotes-parts, des entreprises de navigation des deux Parties.

3. Il n'est pas porté atteinte aux droits et aux obligations découlant de traités multilatéraux antérieurement conclus, auxquels ont adhéré les deux Parties contractantes ou l'une d'entre elles.

Fait à Bonn, le 14 juillet 1992 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

GÜNTHER KRAUSE

HEINRICH-D. DIECKMANN

Pour le Gouvernement de l'Ukraine :

O. KLIMPUSCH